

# Rathaus · korrespondenz



*gegründet 1861*

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 26. Juni 1979

Blatt 1646

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: "Währinger Cottage" soll Schutzzone werden

(rosa) Wiener Landtag  
Hamerlingpark-Gestaltung  
Wiener Gemeinderat

Lokal: Diskussion um Verkehrslösung Franz Josephs-Bahnhof  
(orange) Das Unwetter über Wien  
Unwetter über Wien: Einsturzgefahr für Leharschlössl

Kultur: Donnerstag Start in den Musiksommer  
(gelb) Das Programm des Musiksommers

Nur über FS: 25.6. Unwetter über Wien  
26.6. Experten für Fahnen tagen in Wien  
102. Geburtstag in der Leopoldstadt  
Neue Einbahn in Hernald

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1647

k o m m u n a l :

=====

''waehringer cottage'' soll schutzzone werden

1 wien, 26.6. (rk) eine schutzzone fuer das ''waehringer cottage'': das ist der inhalt des abaenderungsantrags zum flaechenwidmungs- und bebauungsplan (plannummer 5593), der vom 28. juni bis 26. juli waehrend der dienststunden montag bis freitag zwischen 7.30 uhr und 15.30 uhr in der magistratsabteilung 21, wien 1, rathaus, stiege 5, 2. stock, zimmer 413, zur oeffentlichen einsicht aufliegt.

die entstehung des ''waehringer cottage'' laesst sich bis zum jahre 1872 zurueckverfolgen und wurde durch eine anregung des architekten heinrich ferstl initiiert, am stadtrand billige einfamilienhaeuser zu errichten. die in der folge am suedosthang der sogenannten tuerkenschanze entstandene siedlung wurde fuer aehnliche anlagen im wiener raum beispielgebend. charakteristisch fuer das ''waehringer cottage'' ist die verwendung der im wiener raum seltenen fachwerkbauweise in den obergeschossen und die ausbildung pittoresker dachformen. der gesamteindruck dieses ''cottage-stils'' wird durch die gestaltung der gaerten und der einfriedungen entlang der baulinien abgerundet. wenn auch spaetere bauvorhaben manche dieser objekte empfindlich beeintraechtigt haben, so dass deren kulturhistorischer wert verlorengegangen ist, so sind doch im bereich der beantragten schutzzone noch genuegend ensembles nahezu unveraendert erhalten geblieben, die jene epoche der baugeschichte wiens dokumentieren. (and)

0837

L o k a l :

=====

## diskussion um verkehrsloesung franz josephs-bahnhof

4 wien, 26.6. (rk) montag abend veranstaltete die sozialistische fraktion der bezirksvertretung alsergrund einen informations- und diskussionsabend zur geplanten verkehrsloesung im bereich der neubebauung auf dem areal des franz-josephs-bahnhofs. der veranstaltung wohnte auch verkehrsstadtrat heinz n i t t e l bei.

der derzeitige stand der von univ.-prof. dorfwirth geleiteten planung sieht eine entflechtung des oeffentlichen und des privaten verkehrs und eine umgehung dicht verbauter gebiete des alsergrunds durch den individualverkehr vor. dazu ist die fuehrung der strassenbahnlinie 'd' teilweise auf eigenem gleiskoerper und in seitenlage in der althanstrasse und der augasse vorgesehen, der individualverkehr soll vom guertel aus ueber die verlaengerte nordbergstrasse zur rossauer laende und ueber die ausgebaute nordbergstrasse zum julius tandler-platz gelangen. gruenpflanzungen in der nordbergstrasse sollen die belaeestigungen fuer die anrainer gering halten. wie stadtrat nittel betonte, biete die neuverbauung des gelaendes auch verkehrstechnisch eine chance, die genutzt werden muesse. zur bewaeltigung des stellplatzproblems sei der bau von 3.000 parkplaetzen vorgesehen.

von seiten der buergerinitiative und der anrainer wurde vor allem kritisiert, dass die groesse des projekts franz josephs-bahnhof dieses zu einem grossen verkehrserreger mache - mit den folgen haben man sich jetzt zu befassen. fuer die nordbergstrasse wurde ein sehr grosses verkehrsaufkommen befuerchtet. nittel entgegnete, nach angaben der fachleute werde das verkehrsaufkommen mit ca. 1.000 kfz/h das einer normalen stadtstrasse sein.

zu fragen aus der bevoelkerung zu detailproblemen sagte nittel, er werde diese an die fachleute der planung weiterleiten, keine frage werde ungeprueft bleiben. konstruktive vorschlaege - ein hinweisschild koennte die kraftfahrer darauf aufmerksam machen, dass

26. juni 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 1649

der donaukanal bereits jetzt vom guertel aus unter umgehung der kerngebiete des 9. bezirks erreichbar ist - koennten bald verwirklicht werden. auch die gewuenschte beschleunigung der linie '5' wird in kuerze realisiert werden. weitere probleme und wuensche sollen nun in einer verkehrskommission im bezirk besprochen werden, der vertreter aller drei parteien und mitglieder der buergerinitiative angehoren werden. problemstellungen und wuensche seitens der bevoelkerung sollen hier deponiert werden. im gemeinsamen bemuehen, so nittel, werde es gelingen, die bestmoegliche loesung zu finden, die es freilich auch nicht allen recht machen koenne. grundsaeztlich bekannte sich nittel zum vorrang fuer den oeffentlichen verkehr, doch sei es zur zeit auch notwendig, das gegenwaertige system - gleicher anteil des oeffentlichen und des individualverkehrs - zu verbessern. fuer die zukunft sei jedoch eine eingeschraenkte nutzung des autos zu befuerworten. mit dem dazu notwendigen umdenkungsprozess muesse bereits jetzt begonnen werden. (gab)

0954

k o m m u n a l :

=====

## wiener landtag (1)

5 wien, 26.6. (rk) unter dem vorsitz seines ersten praesidenten hubert p f o c h trat diensttag der wiener landtag zu einer sitzung zusammen. dem landtag lag ein oevp- a n t r a g auf erhoehung der wohnbaufoerderungsmittel fuer eigenheime und reihenhaeuser vor. der antrag wurde zugewiesen.

anstelle der verstorbenen hermine f i a l a wurde labg. margarete t i s c h l e r (spoe) in das immunitaetskollegium gewaehlt.

## kurortegesetz

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) referierte ueber eine aenderung des heilvorkommen- und kurortegesetzes, die fuer wien allerdings ohne praktische bedeutung ist.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## bedienstetenschutzgesetz

stadtrat n e k u l a (spoe) legte das wiener bediensteten-schutzgesetz vor, mit dem eine gesetzliche luecke fuer den bereich der noheitsverwaltung geschlossen wird.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## unfallfuersorgegesetz

die 3. novelle zum unfallfuersorgegesetz 1967, mit der die anpassung an verschiedene neuregelungen des sozialversicherungsrechts vollzogen wird, wurde ebenfalls von stadtrat n e k u l a referiert.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

./.

## immunitaet

stadtrat n e k u l a legte ein gesetz vor, mit dem die wiener stadtverfassung geaendert wird. dabei handelt es sich um modifikationen der parlamentarischen immunitaet gemaess der aenderung der bundesverfassung.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

labg. s e e b o e c k (spoe) berichtete ueber die pruefung der meldungen gemaess dem unvereinbarkeitsgesetz.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

labg. dr. k r a s s e r (oevp) beantragte, die zustimmung zur strafrechtlichen verfolgung des landtagsabgeordneten josef jedletzberger wegen verdachts der ueblen nachrede nicht zu gewahren.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

## bezeugegesetz

stadtrat n e k u l a (spoe) beantragte eine aenderung des bezeugegesetzes. der aufgabenbereich der bezirksvertretungen soll erweitert werden. die mehrarbeit fuer die bezirksraete soll durch eine entschaedigung in der hoehe von 1.500 schilling monatlich abgegolten werden. ausserdem wird die kommissionsgebuehr auf 255 schilling erhoert.

labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) betonte, dass die taetigkeit des bezirksrates weiterhin ehrenamtlich bleibt, er erhaelt lediglich eine aufwandsentschaedigung.

die oevp sei schon seit langem fuer eine staerkung der rechte der bezirksraete eingetreten, erklarte labg. praes. h a h n (oevp). die bezirksraete haben den unmittelbaren kontakt zur bevoelkerung. der magistrat hat sich durch die taetigkeit der bezirksraete schon viel geld erspart. die oevp wuerde der novelle nunmehr zustimmen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener Landtag (2):

beziegesetz (forts)

6 wien, 26.6. (rk) als einen weiteren schritt zur dezentralisierung der verwaltung und zur aufwertung der bezirke bezeichnete labg. ing. h o f m a n n (spoe) die novellierung des beziegesetzes. es bedeutet die fortsetzende realisierung des schwerpunkteprogramms der spoe mit dem ziel, die verwaltung den menschen naeher zu bringen. in der frage der beziege des landeshauptmannes soll eine bundesregelung getroffen werden. hofmann gab seiner freude ausdruck, dass es beim vorliegenden gesetz zu einer einvernehmlichen loesung aller fraktionen gekommen sei.

a b s t i m m u n g : in erster und zweiter lesung einstimmig beschlossen.

aenderung der dienstordnung

das gesetz ueber die aenderung der dienstordnung 1966 legte stadtrat n e k u l a (spoe) vor.

labg. p o e d e r (spoe) erlaeuterte das gesetz, das im wesentlichen eine modernisierung der bestimmungen ueber die dienstpflicht der beamten enthaelt. neu formuliert wurden die bestimmungen ueber die allgemeine dienstpflicht, ueber die dienstverschwiegenheit und ueber die gehorsamspflicht. die bestimmung ueber die abordnung von beamten zu anderen gebietskoerperschaften wurde erstmals gesetzlich geregelt. neu ist auch die bestimmung ueber die pflichten des beamten, sich permanent weiter zu bilden. als erster arbeitgeber wird die stadt wien in zukunft keine kuerzung des urlaubsanspruches bei praesenzdienern vornehmen.

der ersten novellierung sollen weitere folgen, sagte poeder. reformen sind insbesondere in bezug auf das disziplinarrecht, qualifikationsrecht und urlaubsrecht vorgesehen.

a b s t i m m u n g : in erster und zweiter lesung einstimmig beschlossen. (ba) (schluss)

L o k a l :

=====

## das unwetter ueber wien (zusammenfassung )

7 wien, 26.6. (rk) montag kurz nach 17 uhr ging ueber der bundeshauptstadt ein schweres gewitter nieder. betroffen waren die bezirke 2, 9,18,19,20 und 21 . auch in einem grossteil des uebrigen stadtgebietes drang wasser in zahlreiche haeuser ein, durchnaesste decken, ueberflutete keller und unterfuehrungen. das fuehrte zum ausfall einer grossen zahl in kellern untergebrachter trafostationen.

die wiener feuerwehr loeste um 17.37 uhr erhoehrte ein-satzbereitschaft aus. einer der schwerpunkte der feuerwehreinsaetze war in der gunoldstrasse - mooslackengasse - grinzinger strasse, in doebbling. dort waren saemtliche unterfuehrungen unter der bahn teilweise bis zu 1,5 meter unter wasser und der verkehr war blockiert. aus einem autobus der linie '10a', der in der unterfuehrung mooslackengasse von den wassermassen eingeschlossen worden war, mussten nach errichtung eines notsteges 40 fahrgaeste in sicherheit gebracht werden.

ebenfalls in der mooslackengasse war in den keller der firma uher, wo chemikalien gelagert waren, wasser eingedrungen. da sich ein teil der chemikalien im wasser loeste, musste die feuerwehr unter verwendung von atemschutzgeraeten und saeureanzuegen die chemikalien beseitigen.

im palais liechtenstein wurde eine flaeche von 7.000 quadratmeter ueberflutet. davon war auch die halle ''d'' betroffen, wo sich derzeit eine ausstellung des museums des 20. jahrhunderts befindet. durch den einsatz von zwei pumpen konnte groesserer schaden an den kunstwerken verhindert werden.

schwer betroffen war auch das fernheizwerk spittelauer laende. die 5.000 quadratmeter grossen kellerraeume standen etwa 50 zentimeter unter wasser und es bestand die gefahr von erdschluessen in elektrischen anlagen. trotz dem einsatz von fuenf pumpen, konnte

-./



26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1654

der wasserspiegel erst nach mitternacht so weit gesenkt werden, dass die gefahr gebannt war. ein ausfall der oelpumpen haette die stilllegung des gesamten heizwerkes zur folge gehabt. die feuerwehr hatte bis diensttag frueh mehr als 600 einsaetze zu verzeichnen.

unter den betroffenen des unwetters war auch die austria presseagentur, wo durch wassereinbruch im keller der sendebetrieb der fernschreiber ausfiel.

durch blitzschlaege und fahrbahnueberschwemmungen fielen auch diverse strassenbahnlinien aus. so entstand an der oberleitung der stadtbahn im verbindungsbogen bei der friedensbruecke durch blitzschlag ein schaden. auch die linie 'j' war durch blitzschlag blockiert. sogar die direktion der wiener verkehrsbetriebe blieb nicht verschont. ein blitz setzte die funkanlage ausser betriebe. durch ueberschwemmung der heiligenstaedter strasse wurde die linie 'd' verkuerzt gefuehrt. erst gegen 22 uhr wurde der betriebe wieder voll aufgenommen. die autobuslinie '10 a' konnte auch diensttag frueh noch nicht die mooslackengasse passieren. sie wurde von der barawitzkagasse - gunoldstrasse - boschstrasse - heiligenstaedter platz - heiligenstaedter strasse zur gunoldstrasse gefuehrt.

blitzschlaege setzten auch zahlreichen trafostationen in den bezirken 1, 2, 3, 9, 19 und 20 arg zu. am aergsten betroffen war doebbling. durch den ausfall der trafostationen fielen auch bis in die morgenstunden des diensttags zahlreiche verkehrslightsignalanlagen sowie die oeffentliche beleuchtung aus. durch umschaltungen konnte noch im laufe der nacht ein grossteil der ampelanlagen wieder in betriebe genommen werden. auch die oeffentliche beleuchtung konnte groesstenteils wieder instandgesetzt werden. um auch die restlichen ampeln wieder zu aktivieren, werden die trupps der wiener e-werke noch bis diensttag mittag im einsatz sein.

auch in zahlreichen parkanlagen entstanden schaeden. im waeh-ringer park hatte der starke regen den boden aufgeweicht, so dass eine alte weide umfiel. in doebbling gab es in fast allen parkanlagen groessere vermurungen. (ka)

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1655

k o m m u n a l :

=====

### hamerlingpark-gestaltung

8 wien, 26.6. (rk) in einer vom josefstaedter bezirksvorsteher  
walter k a s p a r e k fuer 28. juni einberufenen bezirksver-  
tretungssitzung - es handelt sich um keine ausserordentliche sitzung  
- wird sich die bezirksvertretung unter anderem mit der oberflae-  
chengestaltung des hamerlingparks befassen. (ka)

1133

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1):

rechnungsabschluss

9 wien, 26.6. (rk) mit der beratung des schwerpunktes verkehr wurde dienstags die sitzung des gemeinderates fortgesetzt. erster debattenredner, gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), kritisierte, dass in der verkehrskonzeption fuer wien die erhaltung und verbesserung der umweltqualitaet anerkannt wird, aber keine entscheidenden schlussfolgerungen fuer den konfliktfall gezogen werden. die freiheitlichen stehen hingegen auf dem standpunkt, dass dem umweltschutz bei allen planungen absolut rechnung zu tragen ist und dass auch bereits bestehende planungsvorhaben daraufhin ueberprueft werden. als praktisches beispiel kann die beabsichtigte hochleistungsstrasse floetzersteig angesehen werden. man erwartet sich von ihr eine bessere verteilung des verkehrs vom nordwesten nach dem westen und eine entlastung der wientalstrasse. der preis dafuer ist die verlagerung von umweltproblemen in ein bisher verschontes wohngebiet. dieses projekt ist jedoch - nach ansicht der freiheitlichen - auch verkehrstechnisch ungeeignet. es wird naemlich dazu fuehren, dass der durchzugsverkehr von und nach niederoesterreich noch verstaerkt wird, wie es sich auf der sued-ost-tangente bereits erwiesen hat.

die alternative dazu kann nur die rasche fertigstellung des autobahn-aussenringes sein. die rathaus-mehrheit muesste mit macht diese fertigstellung durchsetzen. mit dem geschlossenen aussenring wuerden sich folgende verbesserungen ergeben: entlastung der nord-bruecke, des guertels und der westausfahrt sowie der sued- und der ost-ausfahrt, der schleichweg durch hietzing entlang der sogenannten b 222 wuerde fallen - und auf den floetzersteig-ausbau koennte verzichtet werden.

aber das umdenken im rathaus hat bereits eingesetzt. so wurde der alte fpoe-vorschlag aufgegriffen, die vorortelinie schnell- ./.

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1657

bahnmaessig auszubauen, ausserdem sollen die u 3 und die u 6 gebaut werden. die u 6 muesste jedoch von floridsdorf bis siebenhirten unbedingten vorrang haben. bei der u 3 steht der nutzen in keinem guten verhaeltnis zu den kosten. die u 6 ist arbeitsplatzintensiv, was schon im interesse der weiteren wirtschaftlichen entwicklung wiens von bedeutung ist. pawkowicz kritisierte, dass fuer die u-bahn-planung im vorjahr nur die haelfte der vorgesehenen 22 millionen ausgegeben wurden, er bemaengelte den bisher zu geringen umfang des beschleunigungsprogramms fuer die strassenbahn und verlangte in ergaenzung zur ''aktion greif'' verstaerkte mittel fuer ein park-and-ride-system. schliesslich sollten fuer einen architekten-wettbewerb fuer das nordbahnhofgelaende so rasch wie moeglich die grundlagen erstellt werden. (smo) (forts.)

1146

26. juni 1979

'rathaus-korrespondenz'

blatt 1658

L o k a l :

=====

unwetter ueber wien:

einsturzgefahr fuer leharschloessl

10 wien, 26.6. (rk) bei dem am montag ueber wien niedergegangenen unwetter sind grosse mengen wasser und erdreich in das haus 19, hackhofergasse 18, - leharschloessl - eingedrungen. dieses aus dem 16. jahrhundert stammende haus stellt ein wertvolles kulturgut dar. die feuerwehr ist derzeit - 11.35 uhr - dabei, die erdmassen aus dem hof abzuschwemmen und das wasser aus dem keller auszupumpen. das leharschloessl wird gleichzeitig auf einsturzgefahr untersucht. (ka)

1151

k u l t u r :

=====

## donnerstag start in den musiksommer

11 wien, 26.6. (rk) mehr als 170 veranstaltungen, von klassischer musik bis zum jazz, an 55 wiener spielorten, vom arkadenhof des wiener rathauses bis zum wasserpark in floridsdorf: das wird - rein quantitativ - das pensum sein, das sich der "musikalische sommer 1979" in wien vorgenommen hat. aber schon die eroeffnung verspricht auch qualitativ ein erster hoehepunkt zu werden: bei dem am kommenden donnerstag, dem 28. juni, im grossen musikvereinssaal (20 uhr) stattfindenden festlichen eroeffnungskonzert spielen die wiener symphoniker unter der leitung des beruehmten franzoesischen dirigenten georges pretre. pretre, seit 1964 zwei monate jaehrlich an der mailaender scala taetig, feierte sein grosses debut 1956 an der opera comique in paris mit richard strauss' "capriccio" und arbeitet seither mit allen grossen orchestern der welt, von den wiener und berliner philharmonikern bis zur metropolitan opera in new york, von covent garden bis zu den grossen amerikanischen orchestern in philadelphia, cleveland, chikago und boston. das eroeffnungskonzert am donnerstag (restkarten sind noch ueber das verkehrsbuero, opernring 5, zu haben) wird im zeichen richard strauss' (30. todestag) stehen.

schon am nachmittag des 28. juni wird wiens musiksommer von verschiedenen wiener musikkapellen eingeleitet werden: fatty george spielt ab 17 uhr am rathausplatz, waehrend am graben und auf plaetzen im 2., 6., 7., 10., 16., 22. und 23. bezirk platzkonzerte verschiedener blasmusikkapellen stattfinden werden. denn, so will es kulturstadtrat helmut z i l k, "die aussenbezirke sollen, auch waehrend des musikalischen sommers, mehr als bisher ins kultur-geschehen einbezogen werden." (red) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

rechnungsabschluss (forts.)

13 wien, 26.6. (rk) fuer die oevp hat der ausbau des oeffentlichen nahverkehrs, die verknuepfung mit dem individualverkehr durch ein park-and-ride-system und den bau von hochgaragen sowie die verbesserung und sanierung bestehender strassenzuege prioritaet, erklarte gr. dkfm. a m m a n n (oevp).

obwohl der teil 2 des verkehrskonzeptes gute ansaetze hat, gibt es noch immer ein starkes auseinanderklaffen zwischen theorie und praxis. die verkehrsbetriebe werden nach wie vor ausgehungert, man sieht das heil noch immer im ausbau von hochleistungsstrassen und mit der planung der u 3 und mit dem ausbau der vorortelinie wurde viel zu spaet begonnen.

die reduzierung des individualverkehrs sollte durch geeignete massnahmen, vor allem bei den fahrten von und zur arbeit, erfolgen. dazu ist eine foerderung des oeffentlichen verkehrs weit ueber das bisherige mass, sind aber auch bessere loesungen fuer das parkproblem notwendig. ammann stellte den a n t r a g , dass

1. vorwiegend in der naehe von u- und s-bahn-stationen park-and-ride-plaetze eingerichtet werden sollten,
2. ein konzept fuer hochgaragen ausgearbeitet werden sollte,
3. der magistrat unbebaute grundstuecke auf die eignung fuer garagenplaetze ueberpruefen sollte,
4. ein garagenleitsystem ausgearbeitet werden sollte,
5. spaetestens in sechs monaten ueber die arbeiten bericht zu erstatten waere. (sei)

zum verkehrskonzept der spoe bemerkte gr. d a l l e r (oevp), es habe keine neuen erkenntnisse gebracht. die ausgewiesenen probleme, wie das staendige ansteigen des individualverkehrs, die gegenseitige behinderung von individual- und oeffentlichem verkehr und der mangel an abstellplaetzen seien seit langem bekannt. massnahmen seien bis jetzt nicht getroffen worden. ./.

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1661

als primaer bezeichnete daller das parkproblem. die errichtung von volksgaragen im rahmen eines garagenkonzepts und die forcierung des park-and-ride-systems koennten hier abhilfe schaffen und wertvollen strassenraum freimachen. weiter zu treffende massnahmen seien die koordination des gesamten verkehrsgeschehens, der ausbau der verkehrselektrozentrale, die ausweitung der ladezonen. im rahmen des umweltschutzes sei auf laermschutzmassnahmen zu achten und sei der ausbau von lkw-hoefen am stadtrand zu betreiben.

ebenso sei bei einem weiteren, zweifellos notwendigen ausbau eines vorrangigen strassennetzes - erst dieses ermoeegliche verkehrsberuhigte zonen in innenstadt und wohngebieten - auf verstaerkten umweltschutz zu achten. die planung der a 24 zeige hier bereits erfreuliche ansaetze. neben dieser zweifellos notwendigen donauuferautobahn nannte gr. daller folgende weitere projekte als vorrangig:

- o die aussenringautobahn von der west- zur suedautobahn
- o die flughafenautobahn
- o die verlaengerung der praterbruecke in den norden
- o die kreuzungsfreimachung der gruenbergstrasse

die b 3 - die verbindung von der wagramer strasse zur donaufelder strasse . die donaukanalbruecken: rossauerbruecke und uraniabruecke.

als besonders dringlich bezeichnete daller die sanierung bestehender hauptverkehrsstrassen wie der triester strasse, der linzer strasse, der heiligenstaedter strasse und der simmeringer hauptstrasse. im sinn dieser ausfuehrungen brachte gr. daller einen resolutionsantrag zur sanierung dieser strassenzuege ein.

im sinne des umweltschutzes wandte sich gr. daller gegen den bau der 5. donaubruecke, die eine verlaengerung ueber die alte donau und in die brigittenau implizieren wuerde, gegen die b 222 durch hietzing und gegen die lobauautobahn. (gab) (forts.)

1335



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

rechnungsabschluss (forts)

14 wien, 26.6. (rk) gr. h o l u b (spoe) ging auf die grundsätze der verkehrskonzeption ein. der loesung der kurz- und mittelfristigen probleme wurde der vorrang eingeräumt. durch oeffentliche diskussion soll ein moeglichst breiter konsens erreicht werden. die kontinuitaet der stadtentwicklung ist gewaehrleistet. die verkehrskonzeption ist ein teil des stadtentwicklungsplanes. die stadt wien verfuegt damit ueber eine richtungsweisende arbeitsgrundlage, ein generelles leitbild fuer die einzelnen verkehrsorganisatorischen massnahmen.

die verkehrsbeduerfnisse der bevoelkerung und der wirtschaft sollen bei einer moeglichst hohen lebensqualitaet befriedigt werden. das verkehrssystem - oeffentlicher verkehr, individualverkehr, fussgaenger - ist als einheit zu betrachten. zahlreiche strassenbahn- und autobuslinien sollen verlaengert, das u-bahn-netz soll ausgebaut werden. die beschleunigung von strassenbahnliesen ist vorgesehen. die buendelung des verkehrs auf durchzugsstrassen ermoeglicht eine verkehrsberuhigung der wohngebiete. der bau neuer strassen muss unter groesster bedachtnahme auf die erfordernisse des umweltschutzes erfolgen.

holub erinnerte an den abschluss des vertrages zwischen bund und wien, der den bau der linien u 3 und u 6 sowie den ausbau der flughafenschnellbahn und der vorortelinie vorsieht. die strassenbahnliese '64' wird auf einem teil der kuenftigen u 6-trasse schon bald den betrieb aufnehmen.

holub betonte, dass eine trennung der stadtteile beiderseits des quertels durch eine autobahn nicht vorgesehen ist. (ger)

als schlechte treuhaender im bereich des u-bahn-baus bezeichnete gr. ing. k r e i n e r (oevp) die vertreter der spoe. beim rechnungsabschluss 1978 kommen die maengel und fehler im rahmen der u-bahn-planung, des baus und der abrechnung zum ausdruck. 1978

/.

habe es 281 millionen minderausgaben gegeben, sie haben 1978 die milliardengrenze ueberschritten.

beim grundsatzbeschluss fuer die u-bahn 1968 betrugten die urspruenglich geschaeztzten kosten fuer das grundnetz fuenf milliarden. fuer 1979 bis 1983 gibt es eine kostenschaetzung von 19,2 milliarden. die erste kostenschaetzung fuer die u 3 und u 6 betraegt derzeit 27,4 milliarden. diese kalkulation muesse mit der ersten verfehlten kostenschaetzung des grundnetzes verglichen werden.

der sechste bauabschnitt der u 2 mit einem gesamttaufwand von 60 millionen sei vom kontrollamt genau ueberprueft worden. daei wurden fehler in der preisaufgliederung, doppelverrechnungen, maengel bei der vergebung und anderes festgestellt. insgesamt sind sieben millionen aufklaerungsbeduerftig. aus dem kontrollamtsbericht sei folgender schluss zu ziehen: wenn bei einer gebuehr von 60 millionen sieben millionen aufklaerungsbeduerftig sind, so sind bei einem betrag von 622 millionen s - soviel wurde heuer fuer die u-bahn verbaut - 27 millionen aufklaerungsbeduerftig, meinte kreiner.

(ba) (forts)

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1664

k u l t u r :

=====

### das programm des musiksommers

15 wien, 26.6. (rk) fuer juli und august sind im rahmen des ''musikalischen sommers'' geplant:

- o jeden dienstag und donnerstag: arkadenhofkonzerte im rathaus mit in- und auslaendischen symphonieorchestern, bedeutenden dirigenten und solisten
- o jeden mittwoch und samstag: schoenbrunner schlosskonzerte in der festlich beleuchteten galerie des schlosses
- o jeden montag und freitag: palaiskonzerte in den praechtigsten barockpalais von wien

nicht zu vergessen die bereits traditionellen promenadenkonzerte in den wiener parkanlagen, im oberen belvederegarten und am rathausplatz (wo musik von strauss ebenso wie jazz- und popmusik auf dem programm stehen) sowie die parkkonzerte in den aussenbezirken mit blasmusikkapellen: alle diese veranstaltungen des musiksommers sind frei zugaenglich.

neu im heurigen jahr ist ein zyklus von kirchenkonzerten mit chormusik, instrumentalensembles und orgelkonzerten, der in den schoensten innenstadtkirchen abgehalten wird sowie die einfuehrung der sonntaeglichen abendkonzerte in schuberts geburtshaus und haydns sterbehaus. wieder aufgenommen ins programm des musikalischen sommers wurden die an mittwoch- und samstagnachmittagen stattfindenden busfahrten zu den musikerehrengraebnern und -gedenkstaetten, die schon in den vergangenen jahren sowohl bei den wienern als auch bei auslaendischen gaesten auf grosses interesse gestossen sind. (red)

1344

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

rechnungsabschluss (forts.)

16 wien, 26.6. (rk) gr. r a u t n e r (spoe) warf der oevp widerspruechlichkeit in ihrer politik vor: der eine verlangt die einstellung des strassenbaues, ein anderer den bau von hochleistungsstrassen. wenn gr. dkfm. ammann einige diskussionswuerdige, zum teil hervorragende vorschlaege gemacht hat, bleibt jedoch die frage der bedeckung offen. nach den oevp-vorstellungen muesste das wiener budget nicht 50, sondern 100 milliarden betragen. der rechnungsabschluss spiegelte die vielen, grossen aktivitaeten wider, die fuer die bevoelkerung gesetzt wurden. und es wurden darueber hinaus die weichen fuer viele weitere jahre gestellt. das kommt in erheblichem ausmass der gesamtoesterreichischen wirtschaft zugute. es ist daher ein glueck, dass die sozialisten die alleinige verantwortung in dieser stadt tragen, sonst wuerde wien das schicksal konservativ verwalteter staedte erleiden. man braucht da nur nach graz zu schauen. die alternativen der opposition wuerden nur zum chaos fuehren: ihre vorschlaege sind nicht koordiniert, sie passen oft nicht in ein gesamtkonzept und nehmen nicht darauf ruecksicht, ob die mittel zum gegebenen zeitpunkt vorhanden sind. die widerspruechlichkeit der oevp kommt in ihrer haltung zum bau der 5. donaubruecke und juengst zur floetzersteigstrasse zum ausdruck. die 5. donaubruecke entdeckt die oevp sogar als "pruefstein der demokratie". sie fordert eine volksbefragung, weiss aber genau, dass der bau dieser bruecke von ueberregionaler bedeutung nicht von zwei bezirken allein entschieden werden kann. direkte demokratie darf schliesslich nicht zur laehmung des ganzen landes fuehren.

fuer die aufrechterhaltung der vollbeschaeftigung ist eine summe von koordinierten massnahmen notwendig. wien hat dabei eine gesamtoesterreichische verantwortung. die vp spielt sich zwar als vertreterin der wirtschaft auf, laesst aber letztlich die wirtschaft

im stich. sie verteufelt die wiener grossprojekte von der uno-city ueber den hochwasserschutz bis zur u-bahn. es sind aber hunderte firmen, viele klein- und mittelbetriebe darunter, die durch diese projekte arbeit hatten und haben. im interesse der gesamtoesterreichischen wirtschaft ist die fortsetzung einer expansiven wirtschaftspolitik in wien notwendig. auf das projekt eines kongresszentrums wartet die wirtschaft schon dringend, aber die oevp lehnt es ab. die widerspruechlichkeit bzw. doppelte moral wird sogar in den eigenen reihen kritisiert, wie kuerzlich von str. mauthe in einem 'profil'-interview. mit der politik der obstruktion wird die oevp immer weiter an glaubwuerdigkeit verlieren und zur bedeutungslosigkeit gelangen.

die verkehrsprobleme in wien sind - wie str. nittel und mit ihm die sozialisten meinen - nur durch partnerschaft zu loesen. die sozialisten sind zur zusammenarbeit ernsthaft bereit, um optimale loesungen zu finden. (smo)

auch bei der spoe kann es ueber den ausbau einer strasse verschiedene auffassungen geben, erklaerte gr. dr. m a y r (oevp). so wurde in der stadtplanungskommission die a 5 ueber die alte donau abgelehnt, waehrend die sozialisten aus floridsdorf sich kuerzlich fuer die a 5 aussprachen. dr. mayr begruesste die aenderung der garagenfoerderung, regte jedoch an, firmen, die kleingaragen bauen wollen, administrativ zu unterstuetzen. die erledigung von antraegen fuer baurechtsgruende dauert bis zu zwei jahre.

die in der aktion 'greif' gewonnenen erfahrungen sollte man nuetzen. bevor die aktion in einer strasse durchgefuehrt wird, muesste die strasse abgegangen und die notwendigkeit von verkehrsschildern ueberprueft werden. auch kann nicht jedes parkende fahrzeug ueber einen leisten geschlagen werden. ein baecker, der bloss fuer drei minuten haelt, sollte nicht wie ein dauerparker behandelt werden. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (5):

rechnungsabschluss (forts.)

18 wien, 26.6. (rk) planungsstadtrat univ.-prof. dr. w u r -  
z e r (spoe) stellte fest, dass in grundsatzlichen fragen der  
verkehrsplanung eine weitgehende uebereinstimmung herrsche. in der  
folge nahm wurzer zu einigen von seinen vorrednern aufgeworfenen  
fragen stellung.

zum vorwurf von gr. dr. pawkowicz, der umweltschutz bedeute  
fuer die spoe nur ein lippenbekenntnis, meinte wurzer, dies stimme  
nicht, im rahmen des moeglichen werde alles fuer den umweltschutz  
getan. der bau der floetzersteigstrasse, den pawkowicz in frage  
gestellt hatte, ist, so wurzer, schon 1967 beschlossen worden, als  
es noch um 200.000 pkw weniger in wien gab. die strasse werde eine  
weittraeumige entlastung der wienzeile und auch des guertels be-  
wirken. die verkehrsbuendelung werde den sickerverkehr durch wohn-  
gebiete unterbinden. ein zusaetzliches verkehrsaufkommen durch den  
durchzugsverkehr sei nicht zu befuerchten, da dieser nur 2 bis 3  
prozent des wiener verkehrs ausmache.

dem zweifel an der notwendigkeit der u 3 stellte wurzer  
entgegen, dass diese linie fuer das zentrum und die innerstaedtischen  
assanierungsgebiete einen auftrieb bedeuten werden. die verlaen-  
gerung der u 1 nach norden sei bereits im flaechenwidmungsplan abge-  
sichert, nach sueden gaebe es noch zwei trassenvarianten.

der wettbewerb fuer die verbauung des nordbahnhofs sei bereits  
eingeleitet, die schwierigkeit, dass das gelaende der bundesbahn  
gehoeert, sei durch deren entgegenkommen ueberwunden worden.

zu fragen von gemeinderat ammann meinte wurzer: auch er sei  
der meinung, dass der buerger ueber die planung informiert werden  
solle und dass anregungen aus der bevoelkerung geprueft werden  
sollen, doch seien diese oft von prsoenlichen interessen gepraegt  
und nicht auf langfristige planung ausgerichtet. ./.

in der frage des park-and-ride-systems seien bereits erste schritte unternommen worden, um die in frage kommenden bahnhoeefe innerhalb wiens mit parkplaetzen zu versehen. als weiterer schritt sei die ausdehnung auf geeignete bahnhoeefe ausserhalb wiens notwendig.

dem vorwurf von gr. daller, der teil b der verkehrskonzeption bringe nichts neues begegnete wurzer mit dem argument, dass erst das genaue, fundierte wissen um die situation des verkehrs massnahmen und prioritaaeten moeglich mache.

dem wunsch nach einem garagenkonzept sei mit der aenderung der garagenfoerderung bereits folge geleistet worden.

zum problem gruenbergstrasse-wiental stellte wurzer fest, es seien bereits planungsauftraege zu dessen loesung in auftrag gegeben worden. (gab) (forts.)

1427

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (6):

rechnungsabschluss (forts)

19 wien, 26.6. (rk) die planung und bauvorbereitung fuer die u 3 und die u 6 sind bereits im gange, erklarte stadtrat n i t t e l (spoe). b e i d e linien sind unbedingt erforderlich. die kosten werden auf 24 milliarden geschaezt. nittel bekundete seine absicht, bauplaene und -abschnitte so genau vorzubereiten, dass die kosten exakt abgeschaezt werden koennen. beim u-bahn-bau waere eine flexiblere handhabung der budgetmittel sinnvoll.

der bau der u 1 macht planmaessige fortschritte. fuer den 24. november ist die betriebsaufnahme bis zum nestroyplatz geplant. auch ein teil des franz josefs-kais wird zu diesem zeitpunkt bereits ausgebaut sein. die linie '64', ein vorgriff auf die u 6, wird am 27. september den betrieb aufnehmen.

bei der loesung der verkehrsprobleme sollte die suche nach gemeinsamen moeglichkeiten im vordergrund stehen. charakteristisch fuer das verkehrsgeschehen ist das gewaltige steigen der zahl der pkw. ein konsequentes ordnendes eingreifen ist notwendig. die beschleunigung von strassenbahnlinien, die freihaltung wichtiger durchzugsstrassen und die schaffung von parkraum sollte ausser streit stehen.

nittel dankte allen verkehrsteilnehmern, die verstaendnis fuer notwendige massnahmen zeigen. wenn jeder nur fuer seine gasse kaempft, wird eine loesung der probleme nicht moeglich sein.

bis zum herbst werden beschleunigungsmassnahmen fuer die strassenbahnlinien in der inneren mariahilfer strasse realisiert.

wichtige strassenbauvorhaben, wie die donauufer-autobahn, die fuenfte donaubruecke und zwei donaukanalbruecken werden schon in den naechsten drei jahren wesentliche verbesserungen bringen. zum

o/o



floetzersteig stellte nittel fest, dass der derzeitige zustand sicher schlecht sei - nicht nur, weil nur eine einzige westeinfahrt zur verfuegung steht, sondern auch, weil es den floetzersteig in ungeeigneter form ja bereits gibt. taeglich fahren 7.000 bis 8.000 autos durch 'ersatzstrassen', die dafuer ueberhaupt nicht geeignet sind. was wir vorschlagen, sagte nittel, ist technisch einwandfrei und bringt eine oekologische verbesserung. (ger) (forts)

1431

k o m m u n a l :

wiener gemeinderat (7):

rechnungsabschluss (forts)

20 wien, 26.6. (rk) der umdenkprozess, der innerhalb der wiener bevoelkerung schon vor einigen jahren eingesetzt hat, die stadt-erneuerung der stadterweiterung vorzuziehen, schlage sich kaum merklich in den vorgelegten zahlen des rechnungsabschlusses nieder, stellte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe) fest. 1978 seien 4.750 staedtische wohnungen fertiggestellt worden, wobei die grossen wohnbauvorhaben im wesentlichen wiederum in den gebieten der stadterweiterung durchgefuehrt wurden. der gedanke der stadter-erneuerung habe bisher nur in dem titel der neuen geschaeftsgruppe ihren niederschlag gefunden. eine chance fuer eine kurskorrektur sei auch aus den konzepten und planungen erkennbar. die dezentralisierung der wohnungen in "autogerechten" vorstaedten habe zu einer zer-siedelung der freizeitlandschaft rings um die stadt gefuehrt. ausser-dem mussten riesige finanzielle mittel fuer die errichtung der not-wendigen infrastruktur ausgegeben werden. heute beginnt bereits eine umwertung der qualitaetskriterien im wohnungsbau, wobei nicht nur die groesse und die technische ausstattung, sondern auch die umwelt staerker beruecksichtigt werden. die allgemeine stadtflucht muesse gestoppt werden. fuer den bau einer zweitwohnung geben die wiener jaehrlich zwei milliarden aus, was jenem betrag der oeffentlichen wohnbaufoerderung entspricht.

gr. pawkowicz plaedierte fuer eine rasche bestandsaufnahme der wiener althaeuser und fuer eine aufstellung der erhaltungs-wuerdigen wohnhaeuser. fuer die sanierung der althaeuser soll ein wohnhauserneuerungsfonds eingerichtet werden. eingehender kritik unterzog pawkowicz die tatsache, dass alle bauvorhaben der genossen-schaften der gesiba zur pruefung zugewiesen werden. auch fuer den

./.

wohnbauförderungsbeirat forderte pawkowicz eine andere zusammen-  
 setzung. es gehe nicht an, dass im wohnbauförderungsbeirat zum  
 grossteil funktionaere und angestellte der wohnbautraeger sitzen,  
 die dann ueber die vergabe der mieten aus der wohnbauforderung ent-  
 scheiden. diese vorgangweise zeige deutlich das ausmass der  
 parteimaessigen verfilzung, die eine saubere trennung unverein-  
 barer funktionen offensichtlich nicht mehr zulaesst, betonte  
 pawkowicz. (ba) (forts)

1502

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

rechnungsabschluss (forts)

21 wien, 26.6. (rk) gr. dr. peter m a y r (oewp) wies darauf hin, dass fuer 1980-1985 der europarat unter der devise "renaissance der staedte" eine stadterneuerungskampagne plant. auch fuer wien bestuende eine anlass, sich daran zu beteiligen. die wohnungssituation in wien ist dadurch gekennzeichnet, dass es 780.000 wohnungen und gleich viel haushalte gibt. statistisch besteht also keine obdachlosigkeit. groesse und ausstattung sind jedoch in hohem ausmass unbefriedigend. 170.000 wohnungen sind schlechtest ausgestattet. in gruenderzeitvierteln erreicht der anteil von klein- und kleinstwohnungen sogar achtzig prozent. das ziel der stadterneuerung liegt also auf der hand: verbesserung der groessen ausstattung, bessere nahversorgung, mehr gruenflaechen, gute verkehrsbehinderungen.

ein blick auf die bisherigen stadterneuerungs Viertel zeigt folgendes: im assanierungsgebiet ottakring, 1974 begonnen, ist in den fuenf jahren nichts sensationelles geschehen. ein minipark wurde angelegt, ein groesserer park harrt zusammen mit einem gemeindebau der verwirklichung. ein, zwei alte haeuser stehen vor dem abbruch. ein entscheidendes problem ist ungeloesst - autostellplaetze. man sollte vielleicht doch eine tiefgarage am kernstockplatz ueberlegen. aber der magistrat ist klueger geworden, indem man zur ansicht kam, dass fuer stadterneuerung neue organisationsformen gefunden werden muessen.

am spittelberg wurde sehr viel geld investiert, die fussgaengerzone ist verwirklicht, die garage wird demnaechst angegangen. dennoch ist der spittelberg nicht ganz das geworden, was man sich vorgestellt hat, es fehlt pulsierendes leben. man sollte es sich durch den kopf gehen lassen, interessenten, die selbst hand anlegen, in zukunft heranzuziehen.

als stadterneuerungsgebiete neu vorgestellt wurden der ulrichsberg und ein teil mariahilfs. beiden gebieten ist vieles an schlechter wohnqualitaet gemeinsam, doch gibt es auch betraechtliche unterschiede. in mariahilf faellt etwa die fuehle von arbeitsplaetzen auf, waehrend am ulrichsberg die betriebe abwandern.

charakteristisch fuer alle stadterneuerungsgebiete sind aeltere meist alleinstehende und einkommensschwache bewohner. eine wichtige konsequenz wird sein muessen, die wohnungsprobleme dieser menschen zu loesen. vor allem wird eine soziale betreuung notwendig sein, sie gegebenenfalls zur wohnungsverbesserung hinzufuehren. zur finanziellen stuetzung solcher faelle ist auch der von der vp vorgeschlagene wohnhauserneuerungsfonds gedacht. ein entscheidender punkt ist, dass die grundankaufspolitik gezielter erfolgen muss. ein eintrittsrecht in grundstueckskaeufe ist durch das stadterneuerungsgesetz gegeben. schliesslich ist das stellplatzproblem von bedeutung. das vp-modell der volksgaragen bedeutet nicht das billigstparken, sondern die errichtung von billiger zu bauenden hochgaragen. eine vorleistung dazu koennten baurechte durch die gemeinde sein. vor allem sollte im gemeinderat an hand all dieser bekannten probleme und loesungsmoeglichkeiten einer weitere bewusstseinsbildung zur stadterneuerung folgen. (smo)

die noete der gemeinde wien mit ihren althaeusern duerften das schwungrad fuer die mietrechtsreform gewesen sein, erklaerte gr. hoffmann (oevp). falls die mietrechtsreform beschlossen wird, koennte die gemeinde mehreinnahmen von 483 millionen erzielen - das entspricht beinahe dem abgang der wohnhauserverwaltung vom vorjahr.

um soziale haerten zu vermeiden, muessen verstaerkt mietzinsbeihilfen gegeben werden. der finanzminister hat dafuer allerdings nur 20 millionen in aussicht gestellt - es zeigt sich, dass fuer eine ausreichende aufstockung der mietzinsbeihilfen das geld fehlt.

der kapitaldienst fuer die wohnhaeuser betrug nicht, wie vorgesehen, 194 millionen, sondern 294 millionen. wieso ist das moeglich, fragte hoffmann. der redner kritisierte weiter, dass in zukunft wahrscheinlich mit mehr geld weniger gebaut werden kann. waehrend bei den Neubauten die kosten pro quadratmeter von 1977 auf 1978 um elf prozent gestiegen sind, hatte man nur 1,2 prozent mehr geld zur verfuegung. (sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (9):

rechnungsabschluss (forts.)

22 wien, 26.6. (rk) gr. k n e i s l e r (spoe) stellte fest, dass die stadterweiterung in den sechziger jahren notwendig gewesen sei, um den quantitativen fehlbestand an wohnungen zu beheben. heute sei man sich darin einig, der stadterneuerung den vorzug zu geben, doch werde es zur behebung des noch immer gegebenen qualitativen wohnungsfehlbestandes auch weiterhin notwendig sein, am stadtrand zu bauen. zwar sei im vergleich zwischen 1971 und 1978 eine entscheidende verbesserung der wohnungsstruktur in bezug auf groesse und ausstattung zu erkennen, doch eine weitere vergroesserung der wohnflaechen und die schaffung von gruenflaechen und parkplaetzen in den innenbezirken sei nur moeglich, wenn auch am stadtrand gebaut werde. die prioritaaet, die die stadterneuerung genieesse, sei schon aus den heute getaetigten 8.000 bis 9.000 wohnungsverbesserungen nach dem wohnungsverbesserungsgesetz zu ersehen. fuer renovierungen nach diesem gesetz sind bis jetzt insgesamt 4,5 milliarden s aufgewendet worden und 1,8 milliarden annuitaetszuschuesse von der gemeinde wien geleistet worden. ein weiterer schritt auf diesem weg sei das altstadterhaltungsgesetz 1972. durch entsprechende widmungen - zwei drittel der schutzzonen sind bereits in kraft - sei es gelungen, wertvolle althausbestaende in der inneren stadt, dem 4., 7. und 8. bezirk und auch in den aussenbezirken vor dem zugriff ausschliesslich kommerziell orientierter interessen zu bewahren.

was die neubautaaetigkeit bei gemeindebauten betreffe, so verlagere sich diese zunehmend in die verdichteten gebiete.

1978 wurden 61 prozent im innerstaedtischen bereich gebaut, 1979 werden es bereits 73 prozent aller gemeindeneubauten sein. besonders gute erfolge konnten in rudolfsheim-fuenfhaus erzielt werden, wo in den letzten fuenf jahren tausend wohnungen neu errichtet wurden,

wobei auch darauf bedacht genommen wurde, die alteingesessene bevoelkerung in ihrem bezirk zu belassen.

weiter wies kneisler darauf hin, dass 1.044 aufzuege bis ende 1978 in gemeindealtbauten eingebaut worden sind, was wesentlich zu deren wohnqualitaet beitrage.

am ersten grossen stadterneuerungsprojekt in ottakring habe man gesehen, dass in fragen grossraeumiger stadterneuerung sehr viel geduld und detailarbeit notwendig seien. die information der bevoelkerung, besonders der aelteren menschen, denen man die notwendigkeit der stadterneuerung begreiflich machen muesse, bilde die basis fuer die assanierungsarbeiten. in ottakring, wo die gemeinde wien im assanierungsgebiet bereits ein wohnhaus und einen park errichtet und staedtische wohnhaeuser saniert hat, haetten die bisherigen erfahrungen die unbedingte notwendigkeit der assanierungsarbeiten gezeigt, die nun auch in anderen gebieten in angriff genommen werden. (gab) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

rechnungsabschluss (forts)

23 wien, 26.6. (rk) in oesterreich fuehlen sich 69 prozent der menschen in ihren wohnungen zufrieden, erklarte gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp), in wien sind es nur 47 prozent. der wohnbau ist ein extremer wirtschaftsfaktor, ein motor der wirtschaft. an grossprojekten sind fast nur grossfirmen beteiligt, kleine und mittlere betriebe, die so wichtig sind fuer die arbeitsplatzsicherung und die jugendausbildung, koennen sich kaum beteiligen.

heuer werden durch einen vorgriff mehr wohnungen gebaut als urspruenglich angenommen. dies ist aber keine echte sanierung.

die aufteilung der foerderungsmittel wird infolge des ansteigens der subjektfoerderung immer schwieriger. wir muessen trachten, das bauen billiger zu gestalten, erklarte ebert. vor der uebergabe einer wohnung sind heute 25 dienststellen mit der bearbeitung beschaeftigt. durch eine verkuerzung der bauzeit koennen wesentliche mittel eingespart werden.

ebert kritisierete, dass bis in die letzten jahre in der naehe des floetzersteigs wohnhaeuser gebaut wurden. eine konzeptive generalplanung fehlt.

was nuetzt die sanierung von badezimmern und heizungen mit hilfe der wohnunbsverbesserung, wenn nicht auch der waermeschutz miteinbezogen wird, sagte ebert. durch waermeschutzmassnahmen ist eine zwanzigprozentige energieeinsparung moeglich.

die grosse wohnungsverbesserung ist nur auf dem papier vorhanden. die administrativen voraussetzungen sind zu hoch, steuerprobleme sind ungeloeset. in gemeindebauten wurden mehr als tausend aufzuege eingebaut. in privaten wohnhaeusern wohnen bis zu 90 prozent alte menschen. es ist eine gemeinsame aufgabe, hier im rahmen der grossen wohnungsverbesserung entsprechende moeglichkeiten zu finden.

./.



der dachbodenausbau ist sehr schwierig, es gibt dabei grosse probleme. der dachbodenausbau wuerde die revitalisierung der innenstadt foerdern. die trockenlegung muesste in eine foerderung einbezogen werden.

wir sind genau so interessiert, dass die menschen in den alt-haeusern nicht zu stark belastet werden, betonte ebert. aber selbstverstaendlich sei der hausbestand zu erhalten. soziales denken hat die spoe nicht allein gepachtet. es besteht einigkeit ueber die erhaltung des kuendigungsschutzes in der heutigen form.

ebert wandte sich gegen die startwohnung, weil diese nur probleme mit sich bringe. es sollte startfreiheit gegeben werden, das heisst, die entsprechende finanzielle moeglichkeit. ebert sprach sich fuer die mitsprache der mieter in den gemeindewohnungen aus. der buerger soll wirklich eingebunden werden in das geschehen unserer stadt. (ger)

keine stadt in oesterreich hat so viele wohnungen, wie die gemeinde wien in den letzten 25 jahren neu gebaut hat, erklaerte gr. ing. h o f s t e t t e r (spoe). zwischen 1954 und 1979 errichtete die gemeinde 100.000 wohnungen, die zweitgroesste stadt oesterreichs hat dagegen nur 90.000 wohnungen.

1978 konnten 8.634 wohnungsverbesserungskredite mit einem volumen von 566 millionen gefoerdert werden. die wohnungsverbesserung kommt jetzt so gut an, weil die sozialisten es ermoeeglicht haben, dass die mieter selbst die verbesserung beantragen koennen.

der kapitaldienst fuer die staedtischen wohnhausanlagen stieg um 100 millionen, weil man einer beanstandung des rechnungshofes folge leistete. bisher begann die rueckzahlung der annuitaeten fuer grosse wohnbauvorhaben erst dann, wenn die benuetzungsbe-willigung fuer die letzte stiege erteilt wurde. nun wird stiege fuer stiege mit der rueckzahlung begonnen. (sei) (forts)

1715

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (11):

rechnungsabschluss (forts.)

24 wien, 26.6. (rk) jeder wiener soll die chance haben, eine seinen beduerfnissen entsprechende wohnung zu erhalten. die finanzielle leistungsfahigkeit des einzelnen ist dabei so zu beruecksichtigen, dass kein schichtenspezifischer wohnkomfort entstehen kann. diese aufgabe ist von der kommunalverwaltung ungeachtet ihrer politischen zusammensetzung zu erfuellen, wobei es besonders erfreulich ist, wenn sich die meinungen der drei parteien zur erfuehlung dieser aufgabe treffen, wie dies in der vorangegangenen debatte zum ausdruck kam. dies stellte wohnen-stadtrat h a t z l (spoe) fest.

dass die stadterneuerung heute kein leeres schlagwort mehr ist, beweist das neue wohnbauprogramm, das zwei drittel der neuerrichtungen innerhalb des innerstaedtischen bereiches vorsieht. von 25 anlagen in bau, die heuer noch fertiggestellt werden, liegen 17 im bereich der stadterneuerung.

probleme der stadterneuerung sind die grundstuecksbeschaffungen im stadtkern sowie, besonders bei assanierungen, die sozialen bedingungen. der bedarf an wohnungen nach 1945 sei durch eine innerstaedtische lueckenverbauung bei weitem nicht abzudecken gewesen. groessere wohnungen haetten gleichzeitig eine geringere zahl an wohnungen bedeutet. heute gehe es darum, den qualitativen fehlbestand zu beseitigen.

als zukuenftige schwerpunkte im bereich des wohnens und bauens nannte stadtrat hatzl

- o mehr information fuer die bevoelkerung zur wohnungsverbesserung,
- o termingerechte fertigstellung der bauvorhaben
- o koordination in der stadterneuerung
- o massnahmen zur verminderung der abbruchspekulationen
- o vorsorge, dass die mieter in staedtischen wohnbauten grundsuetzlich fuer die erhaltung der wohnhaeuser aufzukommen haben

./.

o mitwirkung bei der mietrechtsreform.

zum fpoe-vorwurf der ueberpruefung der wohnbaufoerderungen durch die gesiba stellte hatzl fest, dass die gesiba ihrerseits einer strengen kontrolle unterliege und die pruefungen sich streng an die gesetzlichen richtlinien halten. die mitglieder des wohnbaufoederungsbeirates sind dort, wo ihre unvoreingenommenheit in frage gestellt ist, von den sitzungen ausgeschlossen.

ziel seines ressorts seien eine weitere korrekte aufgabenerfuellung, die einhaltung von zeit- und kosten-plaenen, sachliches engagement, koordinierte stadterneuerung und noch mehr service fuer die bevoelkerung, schloss hatzl. (ba) (forts.)

1742

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

schlusswort und abstimmung

25 wien, 26.6. (rk) er sei sich durchaus bewusst, dass in der beratung des rechnungsabschlusses eine reihe von politischer kritik ausgesprochen wurde, erklarte finanzstadtrat m a y r (spoe) in seinem s c h l u s s w o r t . er koenne jedoch die feststellung treffen, dass im jahre 1978 von der stadt wien gut und ordentlich gewirtschaftet wurde, das habe die debatte gezeigt. mayr stellte die antraege zum rechnungsabschluss, zum inventar und zu fuenf eingebrachten erinnerungen und beantragte die zuweisung der in der debatte eingebrachten 14 beschluss- und resolutionsantraege (1 fpoe und 13 oevp) an die zustaeendigen ausschuesse.

a b s t i m m u n g : der a n t r a g z u m r e c h n u n g s a b s c h l u s s 1978 wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

die antraege zum inventar und zur behandlung der erinnerungen in den zustaeendigen ausschuessen wurden e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

die 14 b e s c h l u s s - u n d r e s o l u t i o n s - a n t r a e g e (in den "rk"-berichten ueber die debatte jeweils genannt) wurden e i n s t i m m i g den ausschuessen zugewiesen.

eine f p o e - a n f r a g e betreffend zuschuesse zu renovierungen aus dem altstadterhaltungsfonds wurde der geschaeftsmaessigen behandlung zugewiesen. (schluss rechnungsabschluss)

(smo) (forts)

1745

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

stadtwerke - abschluss

26 wien, 26.6. (rk) in seinem bericht zur wirtschaftlichen situation der wiener stadtwerke fuehrte amtsfuehrender stadtrat n i t t e l (spoe) aus, dass es, bedingt durch die sorge die sicherung des energie- und verkehrsangebots zu **keinem** guenstigen abschluss der stadtwerke kommen konnte. der abgang fuer das abgelaufene geschaeftsjahr betraegt 1,383 milliarden, der anteil des eigenkapitals am gesamtvermoegen 24 prozent. ursachen dieser verluste sind einerseits weltwirtschaftliche faktoren, andererseits gesellschaftspolitische gegebenheiten unserer konsumgesellschaft. hohe energiekosten und hohe investitionskosten erforderten die aufnahme von fremdkapital. es werde daher notwendig sein, gerechte preise fuer die leistungen der stadtwerke zu verlangen, wobei allerdings gesellschaftliche, finanzielle und technische gesichtspunkte gemeinsam beruecksichtigt werden muessten.

immer brennender werde die frage der energieverorgung. allerdings sei hier zunaechst eher ein preis- als ein mengenproblem gegeben. um der kommenden energieknappheit zu begegnen, sei eine reihe kostenintensiver massnahmen notwendig. nach detaillierten vorarbeiten haben die wiener stadtwerke im vorjahr ein energiekonzept vorgelegt, das die versorgungssicherheit auf drei ebeneu sichern soll:

1. bei der primaer-energiebeschaffung
2. bei der anbindung an moeglichst viele internationale leitungsnetze
3. bei der schaffung von vorratslagern.

besonders wichtig fuer wien ist der verstaerkte einsatz von erdgas: wien hat das dichteste erdgasnetz aller vergleichbaren staedte und liegt am knotenpunkt des kuenftigen europaeischen erdgasnetzes. zur zeit erfolgt die deckung des erdgasbedarfes aus dem in-land und aus lieferungen aus der udssr. bezuege aus algerien und der nordsee stehen vor dem abschluss. die geplanten bezuege aus dem iran sind fraglich.

./.

wesentlich fuer die energieverorgung sind auch die vorratslager. die lagerkapazitaet der elektrizitaetswerke betraegt derzeit 412.000 tonnen heizuel schwer, die speicherkapazitaet fuer erdgas 680 millionen kubikmeter.

das blockkraftwerk simmering stellt einen weiteren faktor zur sicheren energieverorgung dar. es arbeitet durch eine kraft-waerme-kupplung mit einem sehr hohen gesamtwirkungsgrad und bringt 380 mw elektrische leistung und eine waermeleistung von 280 mw.

ab 1986/87 ist die inbetriebnahme eines nach dem selben system arbeitenden kraftwerks geplant.

da die grenzen des derzeitigen traegernetzes bereits absehbar waren, wurde auch der bau einer 380 kv-hoehchstspannungsleitung vom kraftwerk simmering in den verbrauchsschwerpunkt im westen wiens notwendig. als markstein bezeichnete nittel den abschluss der umstellung auf erdgas, der in 8 jahren bewaeltigt wurde und durch den doppelten heizwert des erdgases die kapazitaet des rohrnetzes praktisch verdoppelt. der schwerpunkt der arbeiten liege nun beim strassenrohrnetz, das in den naechsten fuef jahren endgueltig saniert werden soll. bereits im jahr 1978 haben die gaswerke insgesamt 482 millionen s fuer das rohrnetz ausgegeben.

zur problematik der verkehrsbetriebe meinte nittel, eine beschleunigung und attraktivierung des oeffentlichen verkehrs sei unbedingt notwendig, aber auch eine der kostenintensivsten aufgaben einer kommune. der abgang der verkehrsbetriebe betrug 1978 1.487 millionen s. diese kosten seien ueber die tarife nicht zu finanzieren, muessten jedoch frueher oder spaeter von allen wienern getragen werden. trotz massiver einsparungen betrage der personalaufwand 50 prozent der gesamt-kosten der verkehrsbetriebe, wobei die befoerderungsertraege nur 75 prozent der personalkosten decken.

trotz der unguenstigen finanziellen situation wurden 900 millionen s investiert. erste erfolge dieser investitionen zeigten sich in dem erstmals seit jahren gestiegenen befoerderungsaufkommen.

an wesentlichen projekten nannte nittel: die schnellstrassenbahnlinie nach alt erlaa - sie wird noch dieses jahr in betrieb ge-

26. juni 1979

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1684

nommen-, die spaeter mit der umgebauten guertelstadtbahn zur nord-sued-tangente u 6 umgebaut werden wird. die beschleunigung der linien '52' und '58' auf der mariahilfer strasse und darauf die beschleunigung der linien '5' und '71'. neue stationen der stadtbahn sind bei der thaliastrasse und beim allgemeinen krankenhaus geplant.

eine neue generation von strassenbahnwagen wird bereits seit heuer eingesetzt. in den naechsten jahren sollen 200 garnituren dieser sicheren und komfortablen wagen eingesetzt werden. abschliessend wies nittel auf die eroeffnung der u 1 und der u 4 im jahr 1978 hin, die eine wesentliche verbesserung des oeffentlichen verkehrs gebracht haben.

gerade jetzt, im zeichen der verteuerung der energie, zeige sich der wert eines leistungsfahigen massenverkehrsnetzes und die notwendigkeit eines weiteren ausbaus desselben. (gab) (forts)

1915

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

stadtwerke (forts.)

27 wien, 26.6. (rk) mit dem abschluss der erdgasumstellung sind die gaswerke ein reines gasverteilungsunternehmen geworden, erklarte gr. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe). es bestehe eine ueberaus grosse abhaengigkeit: 69 prozent des erdgases werden von der sowjetunion bezogen. die iranischen vertragspartner haben den vertrag ueber den bezug von iranischem erdgas ab 1981 sistiert. die stadtwerke muessen deshalb in staerkerem ausmass als bisher ueberlegungen anstellen, wie die versorgung auch in zukunft sichergestellt werden kann. wenn keine flankierenden massnahmen getroffen werden, koennte schon in den kommenden heizperioden eine gesicherte versorgung in frage gestellt sein.

die bedeutende verkuerzung der erdgas-umstellzeit ist neben der tuechtigkeit auch auf hohe risikobereitschaft und "fortune" zurueckzufuehren, meinte pawkowicz. es waere sinnvoller, billiger und sicherer gewesen, das rohrnetz vor der umstellung systematisch zu untersuchen.

die zahl der unfaelle im rohrnetz hat im jahr 1978 bedeutend zugenommen. ein toter und 14 verletzte mussten verzeichnet werden. die zahl der rohrbrueche stieg von 149 auf 175. die gesamtzahl der gasunfaelle ist ebenfalls groesser geworden. schon am 9. februar stellte die fpoe den antrag, die gaswerke zu beauftragen, die gasgeraete als kostenlose serviceleistung regelmaessig zu ueberpruefen. aber wenn antraege von der opposition kommen, werden sie zu- naechst abgelehnt, um dann nach monaten oder jahren als eigene vorschlaege praesentiert zu werden. dann ist aber oft schon nicht wiedergutzumachender schaden entstanden. die katastrophale wirtschaftliche lage der verkehrsbetriebe ist nicht allein mit der kostenentwicklung und dem tarifniveau zu erklaren, sondern auf jahrelange versaemnisse und fehlplanungen zurueckzufuehren. der tatsaechliche verlust der verkehrsbetriebe betraegt mehr als 1,6

o/a



milliarden. er ist gegenueber dem vorjahr um 492 millionen gestiegen. der taegliche gesamtverlust betraegt 4,5 millionen.

auch abgesehen von den mindereinnahmen aus sozialtarifen bleibt mehr als eine milliarde verlust. es sind alle anstrengungen zu unternehmen, um diese talfahrt zu stoppen. der entscheidende durchbruch ist nur mit einer steigerung der attraktivitaet zu erreichen. die unternehmenspolitik der verkehrsbetriebe sei verfehlt. das angebot wird vermindert, statt erhoehrt. ein effizientes laengerfristiges unternehmenskonzept sei unbedingt notwendig. (ger)

ausser einer progressiven verschlechterung bringt der rechnungsabschluss der wiener stadtwerke nichts neues, kritisierte gr. dkfm. a m m a n n (oevp). der verlust betraegt 1,4 milliarden, um 59 prozent mehr als 1977. die schuldenlast ist auf 18,5 milliarden angestiegen, der anteil des fremdkapitals hat sich auf 76 prozent erhoehrt. immer wieder haben die generaldirektion der wiener stadtwerke und das kontrollamt auf die verschlechterung der situation aufmerksam gemacht. geschehen sei jedoch nichts. der zustaeendige gemeinderatsausschuss sei wesentlich mehr mit den frostaufbruechen als mit den wiener stadtwerken beschaeftigt. 1979 sind nur neun geschaeftsstuecke der wiener stadtwerke im ausschuss verhandelt worden.

die oevp habe wiederholt sanierungskonzepte vorgelegt, ueberpruefungen und absatzpolitische massnahmen vorgeschlagen. die anstehenden probleme seien jedoch nicht behandelt worden, die spoe habe vogel strauss-politik betrieben. die chancen, die entwicklung zu stoppen und die wiener stadtwerke zu sanieren, werden immer geringer. (ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

stadtwerke (forts)

28 wien, 26.6. (rk) als betriebe mit sozialaufgaben und nicht als reine wirtschaftsbetriebe charakterisierte gr. maria k u h n (spoe) die stadtwerke und wies auf einige wichtige leistungen der e- und gaswerke hin. die e-werke verzeichneten 1978 einen zugang am anlagevermoege von mehr als 2,6 milliarden. das war nicht nur fuer eine klaglose stromversorgung massgeblich, sondern auch fuer die arbeitsplatzsicherung. wichtigste ereignisse waren die inbetriebnahme eines neuen block-kraftwerks in simmering und der 380-kv-schaltanlage. dazu wird im kontrollamtsbericht positiv vermerkt, dass die 380-kv-kabelverlegung bisher auf dem europaeischen kontinent einmalig ist und eine besondere qualifikation voraussetzt. die kabelverlegung war 1978 zu 90 prozent durchgefuehrt. fuer neue stromabnehmer wurde das freiluftnetz um 10,5 kilometer verlaengert, weitere 32,5 kilometer wurden getauscht oder verstaerkt. die e-werke sind auch fuer die wartung der beleuchtung zustaeendig, mit 244.125 lampen und leuchtstoffroehren mit einem anschlusswert von 15.428 kilowatt ist wien die "lichteste" stadt europas. die einnahmen konnten um 452 millionen erhoeht werden, so dass die e-werke mit 87,3 millionen gewinn abschlossen. dennoch wird der strompreis streng kalkuliert: um einen stundenlohn bekam man 1955 18 kw, 1978 jedoch 55 kw.

als reiner versorgungsbetrieb belieferten die gaswerke mehr als 734.000 haushalte und fast 26.000 industrie- und gewerbebetriebe. im vorjahr wurden 25.886 neue heizantraege genehmigt. insgesamt wurden 595.000 kubikmeter gas abgegeben. die gaswerke schlossen mit einem gewinn von 15,8 millionen ab. ein vergleich beweist das gemeinnuetzigkeitsprinzip der gaswerke: um einen stundenlohn bekam man 1955 9,38 kubikmeter stadtgas oder 4,1 kubikmeter erdgas, 1978 bekam man um einen stundenlohn 30,87 kubikmeter stadtgas oder 14,79 kubikmeter erdgas.



k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

stadtwerke (forts.)

29 wien, 26.6. (rk) die situation der wiener stadtwerke sei traurig, erklarte gr. h a u b e n b u r g e r (oevp). die stadtwerke erhielten 1978 eine investitionsanleihe in der hoehe von 2,2 milliarden. 85 prozent davon gingen fuer den schuldendienst auf. der fremdkapitalanteil betrage bereits 76 prozent. in drei bis vier jahren werde kein eigenkapital mehr vorhanden sein. die oevp fordert seit jahren massnahmen zur sanierung der verkehrsbetriebe und eine verantwortungsvolle finanzpolitik.

grosse teile des wiener gasrohrnetzes sind veraltet. immer wieder kommt es zu gebrechen, zwischen oktober 1978 und april 1979 allein 5.632 undichtheiten an hauptstraengen und 600 gebrechen an hausanschlussen. haubenburger brachte in diesem zusammenhang den a n t r a g ein, dem gemeinderat jaehrlich einen gasrohrnetz- und gasgebrechenbericht vorzulegen, um moeglichst rasch und rechtzeitig die notwendigen sanierungsmassnahmen einleiten zu koennen.

mehr als die haelfte der oesterreichischen bevoelkerung stellt der energiepolitik der regierung kein gutes zeugnis aus, erklarte haubenburger. drei schwerpunkte sollten verwirklicht werden: energiesparen, foerderung von alternativenergien und eine aenderung der verbrauchstruktur.

der "tarifdschungel" sollte durchforstet werden.

ausser kleinen retuschen ist bis jetzt nichts geschehen, um die stadtwerke zu sanieren, erklarte haubenburger abschliessend. (ger)  
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (17):

stadtwerke (forts.)

30 wien, 26.6. (rk) die wichtigste aufgabe der verkehrsbetriebe ist es, verkehrsleistungen im gesellschaftlich erwünschten ausmass zu erfuellen, erklarte gr. o b l a s s e r (spoe). wien besitzt ein sehr dichtmaschiges liniennetz, das auch im vorjahr erweitert wurde, und es wurden viele kundenfreundliche massnahmen gesetzt. die auswirkungen der massnahmen sind in einer steigenden fahrgastzahl - im vorjahr gab es um 2,2 millionen befoederungsfaelle mehr als 1977 - ablesbar. der aufwaertstrend setzt sich heuer fort.

eine tariferhoehung allein kann die fianzielle lage der verkehrsbetriebe nur sehr unwesentlich beeinflussen. die hoehe des tarifes kann einen bestimmten schwellenwert nicht uebersteigen, um nicht das notwendige umsteigen auf oeffentliche verkehrsmittel zu verhindern. ebenso bestimmen sozialpolitische gruende die hoehe des tarifs. die durchschnittlichen erloese der wiener verkehrsbetriebe sind derzeit mit den erloesen in deutschen grosstaedten vergleichbar.

die stadt wien leistete im vorjahr zuschuesse in der hoehe von 1,8 milliarden an die wiener verkehrsbetriebe. ein teil davon kam aus der sogenannten ''nahverkehrsmilliarde'', die durch einen zuschlag zur kfz-steuer gespeist wird. die oevp hat im parlament der einfuehrung dieses zuschlages nicht zugestimmt. damit hat sich die oevp gegen mehr mittel fuer den oeffentlichen verkehr in wien ausgesprochen. (sei) (forts.)

1941

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (18):

stadtwerke (schluss)

31 wien, 26.6. (rk) in seinem schlusswort wies stadtrat n i t t e l den vorwurf seitens der fpoe, der umbau des gasrohrsystems sei auf kosten der sicherheit erfolgt, zurueck. die ar-beiten seien von wiener gewerbebetrieben nach methoden, die auch im uebrigen europa zur ausfuehrung kommen, auf dem heutigen stand der technik durchgefuehrt worden. die ebenfalls von der freiheitlichen fraktion geforderte laufende ueberpruefung saemtlicher gasgeraete wiens durch mitarbeiter der stadtwerke bezeichnete mittel aus rechtlichen und wirtschaftlichen gruenden als nicht moeglich. dies wuerde bedeuten, dass der lieferant von gas fuer die geraete verantwortlich sei und ueberdies die aufnahme von 400 bis 500 beschaeftigten erfordern. nittel erklaerte, man werde versuchen, durch eine aufklaerung der konsumenten und die zusammenarbeit mit dem gewerbe eine regelmaessige kontrolle der geraete zu erreichen.

zur frage der attraktivierung der verkehrsbetriebe meinte nittel, er sei auf jeden fall dafuer, der strassenbahn die strassen frei zu machen. der kleinkampf mit den institutionen beginne mit der beschleunigung jeder einzelnen linie. er hoffe auch in der pra-xis auf die hilfe jener, die sich in der debatte fuer derartige massnahmen stark gemacht haetten.

zur bemerkung von gr. haubenburger. es zeige sich, dass wien zwentendorf nicht brauche, bemerkte nittel, dass wien gerade durch seine eigenvorsorge (simmering) energiemassig unabhaengig sei.

a b s t i m m u n g : rechnungsabschluss der wiener stadtwerke mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

der von der oevp gestellte antrag wurde einstimmig zugewiesen. (gab)

die sitzung wird um 19.20 uhr unterbrochen. die beratungen werden morgen, mittwoch, um 9 uhr, mit der debatte ueber den kontrollamtsbericht fortgesetzt. im anschluss daran wird der gemeinderat die restliche tagesordnung erledigen. (red) (schluss)